

A n t r a g

der Fraktion DIE LINKE

EntschlieÙung

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 5/3224 -**

**Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaus-
haltsplans für das Haushaltsjahr 2012 (Thüringer Haus-
haltsgesetz 2012 - ThürHhG 2012 -)
hier: Thüringer Staatskanzlei**

Landeskonversionsprogramm

Die Landesregierung wird aufgefordert, gegenüber dem Bund die vollständige Aufgabe des Truppenübungsplatzes Ohrdruf für eine militärische Nutzung einzufordern und wenn nötig entsprechend zu verhandeln. Im Rahmen der Bundesratstätigkeit ist die Implementierung eines Bundeskonversionsprogramms zu fordern, das die Strukturveränderung im Rahmen der Standortkonzeption der Bundeswehr im Interesse einer zivilen Nachnutzung fördernd durch den Bund begleitet.

Die Landesregierung errichtet darüber hinaus in Thüringen ein eigenes Landeskonversionsprogramm mit dem Ziel, gemeinsam mit lokalen Akteuren eine zivile Umnutzung der durch die Bundeswehr aufgegebenen Standorte in Mühlhausen und Ohrdruf vorzubereiten und umzusetzen. Voraussetzung hierfür ist der Erwerb der militärisch nicht mehr genutzten Flächen durch die jeweiligen Kommunen, der mit Hilfe von Fördermitteln des Landes aus einem zu schaffenden Konversionsfonds zu realisieren sein wird.

Ferner sind den Kommunen Mittel bereitzustellen, die es ermöglichen, entsprechende Planungs- und Moderationsprozesse umzusetzen, Machbarkeitsstudien in Auftrag zu geben und ein Konversionsmanagement installieren zu können.

Im Rahmen des Landeskonversionsprogrammes ist den Kommunen entsprechende Unterstützung und rechtliche Begleitung zu sichern.

Begründung:

Am 26. Oktober 2011 verkündete der Bundesminister für Verteidigung das neue Standortkonzept für die Bundeswehr. Danach wird in Thüringen jeder dritte Dienstposten abgebaut. Die Standorte Mühlhausen und Ohrdruf sowie Suhl werden als Standort aufgegeben, der Standort Bad Salzungen erheblich reduziert. Mögliche Auswirkungen auf die Kommunen und auf regionale Kreisläufe sind rechtzeitig zu analysieren sowie mögliche Nachnutzungen der noch aufzugebenden Liegenschaften konzeptionell vorzubereiten, damit die sich aus dem Abbau der Bundeswehr ergebenden Chancen für einen nachhaltigen Konversionsprozess genutzt werden können.

Durch die Einrichtung eines vom Bund und vom Land geförderten Konversionsprogramms können die Voraussetzungen geschaffen werden, damit unterschiedlichste Akteure zusammengeführt werden, langfristig unter Einbeziehung von Sachverständigen spezifische Nachnutzungskonzepte erarbeitet und entsprechende Investitionen (Flächenankauf, Erschließung usw.) getätigt werden können.

Für die Fraktion:

Ramelow